

Die Rente geht uns alle an

Auf ihrem 1. Parteitag in Cottbus hat DIE LINKE beschlossen, im Herbst dieses Jahres eine bundesweite Rentenkampagne durchzuführen.

Jungen leben, Unfrieden zwischen den Generationen säen will. Armut und Reichtum sind nicht an das Alter gebunden, sondern entspringen den un-

los oder lediglich im Niedriglohnsektor tätig waren.

Deshalb bedarf es endlich einer radikalen Kursänderung. Zunächst muss es darum gehen, alle im Rahmen der Schröderschen Agenda 2010 veranlassten rentenpolitischen Grausamkeiten rückgängig zu machen. Das betrifft die Abschaffung des so genannten Riester-Faktors und aller Renten-Absenkungs-Formeln, gilt aber auch für die Rücknahme des angehobenen Renteneintrittsalters sowie wesentlich höherer Rentenbeiträge für Hartz-IV-Betroffene. Darüber hinaus darf die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den des Westens nicht länger hinausgeschoben werden. Schließlich sind noch existierende rentenstrafrechtliche Regelungen zu beseitigen.

Das alles wäre aber noch keine sozial gerechte Rentenreform. Deshalb muss es langfristig auch bei der Rente um die Einführung einer Bürgerversicherung gehen, in die alle – entsprechend ihrer Gesamteinkünfte – einzahlen. Wer dazu, aus welchen Gründen auch immer, nicht ausreichend in der Lage ist, muss im Alter Anspruch auf eine Grundsicherung haben, die armutsfest ist.

Für all das brauchen wir einen langen Atem und vor allem Solidarität zwischen den Generationen. Dazu soll und kann die beabsichtigte Kampagne ein möglichst merkbare Zeichen setzen.

Dietmar Pellmann

DIE RENTE



DIE LINKE.

www.die-rente-die-linke.de

Daran sollten sich alle Mitglieder und Sympathisanten unseres Stadtverbandes unter dem Motto „Rente geht uns alle an“ mit vielfältigen eigenen Initiativen beteiligen. Dieser Appell richtet sich nicht nur, eigentlich nicht einmal in erster Linie, an jene, die bereits im Rentenalter sind. In der Vergangenheit waren es aber auch in unseren Reihen meist sie, die sich an entsprechenden Aktionen beteiligten, während Jüngere kaum zu sehen waren.

Während der bevorstehenden Kampagne sollten wir alle Generationen ansprechen. Damit könnten wir zeigen, dass die unheilige CDU-Allianz von Roman Herzog bis Philipp Mißfelder, die unablässig die Mär verbreitet, die Alten würden zunehmend auf Kosten der

gerechten Verteilungsverhältnissen in dieser Gesellschaft. Die gegenwärtige Regierungskoalition hat keinerlei tragfähige Konzepte, wie der zunehmenden Altersarmut wirksam entgegen zu wirken wäre. Bisherige so genannte Rentenreformen haben vielmehr zu einer realen Absenkung der Altersbezüge geführt. Dies betrifft sowohl die Bestandsrentner als auch noch viel mehr jene, die künftig das Rentenalter erreichen und vorher jahrelang arbeits-

Broschüre erhältlich

Zum Thema: "Schluss mit dem Renten- und Versorgungsunrecht in den neuen Bundesländern" ist in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Leipzig eine Broschüre erhältlich. In dieser sind die 17 Anträge zur Rentenüberleitung der Bundestagsfraktion verzeichnet. Der Dokumentation dieser Anträge sind drei Beispiele vorangestellt. Was Frau A., Herrn B. und Frau C. verbindet, ist das Rentenüberleitungsgesetz mit dem Anwartschafts- und Anspruchsüberführungsgesetz aus dem Jahr 1991.

Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit des Stadtvorstandes der Partei DIE LINKE. in Leipzig und des Vorstandes der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat zu Leipzig

Der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. in Leipzig und der Vorstand der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat zu Leipzig schließen folgende Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit beider Gremien ab:

1. Halbjährlich finden Beratungen zwischen Vertretern des Stadtvorstandes der Partei DIE LINKE. und dem Vorstand der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat zu Leipzig statt. An den Beratungen nehmen als Vertreter/innen des Stadtvorstandes

- a) die/der Vorsitzende
- b) seine Stellvertreter/innen
- c) im Wechsel 4 weitere Mitglieder des Stadtvorstandes, die nicht zugleich Mitglieder der Fraktion sind,

Zu diesen Beratungen ist der Bürgermeister für Umwelt, Ordnung, Sport einzuladen.

VA für die Terminkoordination: Geschäftsführer/in der Geschäftsstellen des Stadtverbandes und der Fraktion
VA für die inhaltliche Abstimmung: Stadtvorsitzende/r und Fraktionsvorsitzende/r

2. Vierteljährlich treffen sich Stadtvor-

sitzende/r, Fraktionsvorsitzende/r sowie die Geschäftsführer/innen zum Informationsaustausch und zur Terminkoordination.

VA für die Terminfestlegung und die Einladung: Geschäftsführer/innen

3. Bei kurzfristig auftretenden Problemen erfolgen Telefonkonferenzen zwischen dem Personenkreis unter Punkt 2. unter evtl. Hinzuziehung weiterer Personen.

VA: Stadtvorsitzende/r, Fraktionsvorsitzende/r, Geschäftsführer/innen

4. Im Stadtvorstand berichtet mindestens halbjährlich die/der Fraktionsvorsitzende/r oder in ihrem/seinem Auftrag eine der Stellvertreter/innen über die Arbeit der Stadtratsfraktion.

VA für die Terminkoordination: Geschäftsführer/innen

5. Mindestens zweimal jährlich wird in Abstimmung von Stadtvorstand und Fraktionsvorstand eine gemeinsame thematische Beratung aller Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte durchgeführt.

VA für die Terminkoordination: Geschäftsführer/innen

6. In einer Fraktionssitzung im Monat gibt es einen regelmäßigen Tagesordnungspunkt „Bericht/Information aus dem Stadtvorstand“

VA für die Einordnung in die Tagesordnung: Geschäftsführer der Stadtratsfraktion

7. Bei politisch bedeutsamen Ereignissen werden bei Bedarf gemeinsame Presseerklärungen der/des Stadtvorsitzenden und der/des Fraktionsvorsitzenden herausgegeben.

VA: Pressesprecher/in des Stadtvorstandes, Geschäftsführer/in der Fraktion

8. Zu den gemeinsam verabredeten politischen Schwerpunkten der Partei und der Fraktion gibt es eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit.

VA: Pressesprecher/in des Stadtvorstandes, Geschäftsführer/in der Fraktion

Die Vereinbarung gilt vorbehaltlich eines neuen Beschlusses.

*Dr. Ilse Lauter und Dr. Volker Külow
13. und 28. Mai 2008*

Arbeit am Kommunalwahlprogramm begonnen

Mit dem Blick auf das Superwahl 2009 traf sich am Freitag, dem 30. Mai, die kürzlich aus der Taufe gehobene Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Kommunalwahlprogramms mit interessierten LINKEN im Garten des Liebknechthauses. Thema der offenen Debatte, die vom AG-Chef Dietmar Pellmann mit einem Statement eröffnet wurde, war die Ausgangsbedingungen sowie die Eckpunkte für die Arbeitsgrundlage der künftigen Stadtratsfraktion. Pellmann verwies auf die Besonderheit des Wahljahres, dass sich nicht nur durch die Vielzahl der Wahlen (Europa- und Kommunalwahlen sowie

auch Bundestags- und Landtagswahlen) auszeichnet. Eine besondere Note erhält es zudem durch den zwanzigsten Jahrestag des gesellschaftlichen Umbruchs im Osten Deutschlands, dem der Anschluss der DDR an die BRD folgte, und den sechzigsten Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik selbst. Vor diesem Hintergrund gelte es die Ausgangsbedingungen des Wahlkampfes und auch der Arbeit der zukünftigen Linksfraktion im Neuen Rathaus zu diskutieren. Nach dem letzten kommunalen Urnengang in Leipzig von 2004 sind z. B. die großen Ansiedlungen bei BMW und DHL wirt-

schaftlich zum Tragen gekommen und haben auch auf dem Arbeitsmarkt Spuren hinterlassen. Auch die Konstellationen im Rathaus selbst haben sich verändert. An der Spitze der Verwaltung steht ein neuer Bürgermeister. Erstmals hat auch DIE LINKE. mit Bürgermeister Heiko Rosenthal eine Vertreter in der Verwaltungsspitze. Nicht zu unterschätzen ist nach Pellmann darüber hinaus die neue Qualität der außerparlamentarischen Bewegungen, mit denen gemeinsam das erfolgreiche Bürgerbegehren gegen den Verkauf wichtiger städtischer Beteiligungen initiiert und die Einführung eines Sozialtickets auf den Weg gebracht werden konnte. Gleichzeitig hat sich jedoch auch die soziale Polarisie-

rung in der Stadt vor allem durch die in den vergangenen Jahren auf den Weg gebrachten Hartz-Gesetze erkennbar verstärkt.

Wie soll sich die zukünftige Linksfraktion vor diesem Hintergrund aufstellen? Dietmar Pellmann stellte das bis dato geltende Selbstverständnis der Stadträtinnen und Stadträte im Auftrag einer gestaltenden Alternative zur Diskussion, das von einer Gesamtverantwortung für Leipzig ausgeht und sich von Verständnis einer pauschalen Fundamentalopposition unterscheidet. Seiner Meinung nach sollte an jenem Politikstil, der auf ein klar erkennbares linkes Profil setzt und angesichts der Zusammensetzung des Stadtrates um parlamentarische Mehrheiten ringt, festgehalten werden. In der sich anschließenden Debatte wurde ein solches Herangehen, das auf Kompromissfähigkeit setzt, bestätigt. Gleichzeitig wurde auf die mit dem Bürgermeisteramt Rosenthals verbundene größere Verantwortung vor

allem für die Bereiche Ordnung und Umwelt der Rathausfraktion hingewiesen, die allerdings auch mit gewachsenen Gestaltungsmöglichkeiten auf diesen wichtigen Politikfeldern verbunden ist. Eine eng mit dem grundsätzlichen Politikstil der Fraktion verbundene und auch für das Wahlprogramm wesentliche Frage, so zeigte sich darüber hinaus, ist die nach den durch sie zu vertretenden Interessen. Als eine der großen Parteien der Stadt, deren Fraktion sich quantitativ derzeit auf gleicher Augenhöhe mit der der SPD und der der CDU befindet, könne sie sich dabei nicht vordergründig auf Partikularinteressen konzentrieren. Vielmehr, so wurde in der Runde bestätigt, müsse sie sich als Interessenvertreter der gesamten Bürgerschaft Leipzigs verstehen und sich dabei jedoch vor allem auch weiterhin als Anwalt von Benachteiligten und Ausgegrenzten profilieren. In der Diskussion wurde das erklärte Ziel der AG unterstützt, ein mög-

lichst griffiges Wahlprogramm zu formulieren, das von den Schwerpunkten Wirtschaft und Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung und lebendiger Demokratie ausgeht. In den nächsten Tagen wird sie Thesen für das Kommunalwahlprogramm 2009 formulieren. Sie werden den Delegierten des Stadtverbandes am 21. Juni zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Dr. Dieter Janke

Thesen zum Kommunalwahl- programm

Die Thesen zum Wahlprogramm sind ab sofort in der Geschäftsstelle in gedruckter Form erhältlich. Zudem können diese auch im Internet unter <http://www.die-linke-in-leipzig.de/pdfs/thesensr.pdf> gedownloadet werden.

Seniorenkonferenz der Partei DIE LINKE. Leipzig

248 Seniorinnen und Senioren des Stadtverbandes Leipzig der Partei DIE LINKE. Fanden sich am 22. Mai 2008 im Speisesaal des ehemaligen VEB Chemieanlagenbau Leipzig zusammen, um ihre Delegierten für die Landes Senioren Konferenz in Chemnitz zu wählen. Da sich ein nicht unerheblicher Teil der MitgliederInnen der Partei im Rentenalter befinden, nicht die Führung des Stadtverbandes dieser Klientel eine besondere Bedeutung zu.

Dr. Dietmar Pellmann wies als sozialpolitischer Sprecher der Partei in seinen einleitenden Worten auf die mit der sogenannten Gesundheitsreform, vor allem für die Senioren eingetretenen sozialen Verwerfungen hin. Er kam zu dem Schluss, dass diese „Reform“ selbst einer Reform bedürfe. Die Partei DIE LINKE. hat dafür auf allen Ebenen entsprechende Änderungsvorschläge unterbreitet, die natürlich von den selbst ernannten „Volksparteien“ prompt abgelehnt wurden. Eine den Konferenzteilnehmern übergebene Broschüre machte das be-

sonders deutlich. Von den 17 durch die Fraktion DIE LINKE. eingebrachten Anträge zur Beseitigung der Rentengerechtigkeit wurde nicht einer angenommen. Von den unsachlichen Zwischenrufen einzelner Abgeordneter der anderen Fraktionen einmal ganz abgesehen.

Nach dem Beitrag des Genossen Pellmann und der sich anschließenden Diskussion, die die Vielfalt der Aktivitäten, insbesondere der AG Senioren beim Stadtverband, widerspiegelte, wählte die Konferenz die Delegierten zur Landes seniorenkonferenz. Mit sechs Delegierten für die Frauenliste und sechs auf der allgemeinen Liste stellt der Stadtverband eine repräsentative Interessenvertretung für Leipzig, da sich die gewählten Delegierten bereits durch einen jahrelangen aktiven Einsatz für die Belange des an die Seniorinnen und Senioren auszeichnen.

Zum Abschluss der Konferenz machte Dr. Volker Külöw als Vorsitzender des Stadtverbandes mit einigen grundsätz-

lichen Bemerkungen nochmals auf die fundamentalen Unterschiede der Politik der Herrschenden zu den Politikanträgen der Partei DIE LINKE. aufmerksam. Die zahlreichen Aktivitäten der Partei in den Kommunen, auf Landesebene und dem Bund beweisen, dass eine Politik im Interesse der einfachen Menschen, insbesondere auch der Seniorinnen und Senioren, notwendig und durchaus möglich ist.

Eine kleine Fotoausstellung informierte die Anwesenden über die vielseitige und umfangreiche Arbeit der AG Senioren beim Stadtverband.

Ein besonderer emotionaler Höhepunkt der Konferenz war das Auftreten des populären linken Single Clubs „Che Guevara“ aus Dresden. Solche bekannten Arbeiter - und Kampflieder wie „Auf, auf zum Kampf“, „Partisanen vom Amur“ oder „Bandiera rossa“ wurden kräftig mitgesungen und erhielten viel Beifall.

Als Resümee kann festgestellt werden, auf die „Alten“ in der Partei DIE LINKE ist jederzeit Verlass und sie stellen bei der Durchsetzung der politischen Ziele ihrer Partei einen ernst zu nehmende Kraft dar.

Gottfried Fleischhammer

Wahlergebnisse der Seniorenkonferenz:

Auf der Seniorenkonferenz wurden die Delegierten für die Landesseniorenkonferenz gewählt. Es gab folgende Ergebnisse:

gewählt auf der Frauenliste:

Gerda Uhlig 211 Stimmen
Edeltraud Bacher 195 Stimmen
Christa Hohnstein 160 Stimmen

Conchita Pradel 151 Stimmen
Maria Wendt 148 Stimmen
Gisela Fehrmann 138 Stimmen
nicht gewählt wurden:

gewählt auf der allgemeinen Liste:

Rolf Richter 202 Stimmen
Rolf Köhler 200 Stimmen
Siegmund Mai 146 Stimmen

Klaus John 138 Stimmen
Walter Schäfer 135 Stimmen
Manfred Hamann 121 Stimmen

Ersatzdelegierte:

Eva Firesch
Udo Brüssow
Magda Schmutzler
Udo Schwarz
Elfriede Blaurock
Anita Franke

Arbeitsplan der AG Senioren 2. Halbjahr 2008

Die Beratungen der AG Senioren finden jeden ersten Donnerstag im Monat um 9:00 Uhr in Liebknecht Haus, Braustraße 15, 04107 Leipzig, statt. Gäste sind herzlich willkommen.

3. Juli 2008

Informationen über Ergebnisse des ersten Bundesparteitages der Partei DIE LINKE. Gast: Dr. Barbara Höll.

7. August 2008

Alter Wein in alten Schläuchen - neue Strategien und Inhalte der Neonazis. Gast: Volkmar Wölk.

4. September 2008

Richard Wagner und die Politik. Gast: Prof. W. Wolf.

2. Oktober 2008

Revolutionäres Lateinamerika. Gast: Dr. Hartwig Strohschein.

6. November 2008

Meinungsaustausch über interessierende Fragen

4. Dezember 2008

Geschichten rund um den Samowar und Jahresabschluss Gast: Anton Groß.

Ausblick für den Sommer: Antifaschistische Traditionstreffen in Mala Upa vom 29. August bis 31. August 2008. Teilnahme ist sehr erwünscht.

Sprecherrat AG Senioren

Kommunalisierung der Daseinsvorsorge - und dann?

Die Linke setzt sich gegen die Privatisierung von Bereichen der Daseinsvorsorge, also von Energie, Wasser, Wohnungen usw. ein. Diese Position findet meine Unterstützung, weil mit der Übertragung des Eigentums in private Hände, entgegen der Versprechungen, oft eine Verschlechterung des Angebotes von Dienstleistungen und höhere Preise verbunden sind. Private Unternehmen stehen unter dem Druck, Maximalprofite zu erwirtschaften; dies schlägt sich bei privaten Monopolen in höheren Preisen für die angebotenen Güter nieder. Da sich der Markt nicht nach sozialen Kriterien richtet, sondern nach der Höhe der Kaufkraft der Nachfrager, werden vor allem Angebote zugeschnitten auf zahlungskräftige Nachfrager unterbreitet. Für die Kommunalisierung der Bereiche der Daseinsvorsorge sprechen im Kern drei Argumente:

Die Gewinne und das Geld verbleiben im System, während bei privatem Eigentum xy % Rendite erwirtschaftet werden

muss, die auf den Konten reicher Eigentümer verbleiben, also dem System verloren gehen. Weiter spricht für die Kommunalisierung, dass die Politik eine soziale Lenkungswirkung entfalten kann, indem z. B. ein Sozialticket oder ein Energiesozialtarif angeboten wird. Das dritte Argument sind tarifvertraglich besser geregelte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Entsprechend präsentieren sich linke Politiker und Abgeordnete stolz, man habe alles mögliche getan und Privatisierungen der Daseinsvorsorge verhindert. Es wird mit dem Finger auf Abweichler gezeigt, die sich unter

Haushaltszwängen für den Weg der Privatisierung entschieden haben.

Und in der Tat verdienen die Standhaften Respekt, denn wenn wir jetzt über die Möglichkeit reden, ein Sozialticket einzuführen, wäre diese Möglichkeit bei einer privatisierten Verkehrsgesellschaft von vornherein obsolet geworden. Man verfügt über die Möglichkeit einer sozialen Lenkungswirkung durch die Politik. Dies setzt aber voraus, dass die Einflussnahme auf die kommunalen Unternehmen auch genutzt wird, damit bessere Tarife angeboten werden. Dazu braucht man agile Abgeordnete, die sich im Aufsichtsrat der kommunalen Betriebe für eine soziale Tarifgestaltung einsetzen, besser noch für billigere Tarife für alle.

In vielen Kommunen ist dieser Einsatz von Abgeordneten jeglicher Couleur zu

Fragebögen zur Kommunalwahl

Die Personalentwicklungsgruppe der Partei DIE LINKE. Leipzig hat einen Fragebogen für potentielle KandidatInnen zur Kommunalwahl erstellt. Dieser liegt zur Abholung in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus bereit. Wer Interesse an einer Kandidatur zur Kommunalwahl hat bzw. InteressentInnen kennt, sollte von diesem Fragebogen Gebrauch machen.

wenig spürbar; bzw. wo er da ist, sind zumindest die Ergebnisse nicht befriedigend. Denn auch in Leipzig zahlt man für ein Monatsticket 48 Euro. In der Wohnungswirtschaft ist es etwas besser, die Mieten sind vielerorts niedriger als bei privaten Wohnungsgesellschaften. Dagegen sind die Preise von Strom und Energie auch von kommunalen Anbietern in die Höhe getrieben. Dabei wird es sicher in Zukunft kein „Schwarzfahren für alle“ geben können, denn auch kommunale Betriebe müssen Investitionen tätigen und schwarze Zahlen schreiben. Sie müssen Gewinne erwirtschaften (aber nicht Maximalprofite). Allerdings ist etwas dagegen zu sagen, wenn die LVB TV in der Straßenbahn anbietet; das bezahlen wir durch unsere Fahrpreise schließlich mit. Gegen Investitionen in ein modernes ÖPNV-Netz und den Kauf von neuen Waggons ist nichts zu sagen, aber etwas gegen eine überdimensionierte Infrastruktur in Form von neuen Straßenbahnhöfen oder einen Anteil am City-Tunnel. Im Gespräch zum Bürgerentscheid fragte mich eine Bürgerin: Warum soll ich gegen eine Privatisierung stimmen, wenn ich bei einer LVB in privater Hand 48 Euro für die Monatskarte bezahlen muss, bei einer LVB in kommunaler Hand aber auch? Kommunale Unternehmen werden doch nur dann von den Menschen angenommen, wenn sie für sie spürbare Vorteile aufweisen, etwa in Form niedriger Tarife und von Sonderangeboten für sozial Schwache und Familien. Anders gesagt, kommunales Eigentum in den Bereichen der Daseinsvorsorge ist wichtig, nützt aber (nur) dann, wenn es für die Bürger auch Vorteile bringt, in Form niedriger Tarife, und

wenn die Möglichkeiten der sozialen Lenkungswirkung durch die Politik auch wirklich ausgeschöpft werden.

Privatkapitalistische Unternehmen in Staatshand als Staatskonzerne, die wie eine Heuschrecke arbeiten, nutzen dem „kleinen Mann“ dagegen wenig. Jedenfalls ist es in Leipzig eine städtische Wohnungsbaugesellschaft, die halb Grünau abreißt. Zugegeben, die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften kündigen den Mietern später und erheben eher niedrige Mieten. Dagegen erhöht auch die (staatliche) Bahn jedes Jahr die Preise, legt Strecken still und baut ICE-Trassen. Es sind kommunale Verkehrsbetriebe, die bisher in Leipzig kein Sozialticket angeboten haben.

Es muss also nicht nur ein Kampf gegen Privatisierungen geführt, sondern auch ein Kriterienkatalog entwickelt werden, wozu öffentliches Eigentum da ist, welchen Kriterien es unterworfen werden muss. Unter welchen Bedingungen der Verkauf von Beteiligungen statthaft / nicht statthaft ist. Welche Aufgaben öffentliche und private Unternehmen jeweils besser bewältigen können. Wozu öffentliches Eigentum eigentlich da ist. Im Bereich der Daseinsvorsorge erscheint mir öffentliches Eigentum generell sinnvoll, in anderen Bereichen (Auto- und Porzellanfabriken) ist dagegen privates Eigentum dem staatlichen vorzuziehen.

Erstes Kriterium für die Arbeit der kommunalen Unternehmen ist die Entfaltung der sozialen Lenkungswirkung in Form niedrigerer und sozial gestaffelter Tarife, zweitens Investitionen nach dem gesellschaftlichen Bedarf (und nicht nach der Gewinnmaximierung) und drittens eine Schaffung vernünftiger Arbeits- und

Entlohnungsbedingungen nach TVÖD. Viertens müssten die Bilanzen der Unternehmen, die Vorstandsgehälter und wichtige Investitionsentscheidungen offen gelegt werden.

Mitunter wird auch das Argument genannt, kommunale Unternehmen sichern der Stadt Erlöse und Einnahmen. Mit diesem Argument habe ich die größten Probleme. Ein kommunales Unternehmen ist nicht dazu da, durch hohe Preise und Tarife Haushaltlöcher zu stopfen, oder, im schlechtesten Fall, um Prestigeprojekte wie City-Tunnel und die Gehälter von hohen Amtsleitern zu finanzieren. Sonst ist durchaus der Extremfall denkbar, dass die Tarife genauso hoch ausfallen wie bei privaten Unternehmen. Also, mögen städtische Unternehmen auch Gewinne erwirtschaften und diese zur Finanzierung des Haushaltes genutzt werden, ihr Hauptzweck ist das nicht. Ihr Hauptzweck sind m. E. sozial gestaffelte und niedrige Tarife und Investitionen nach Bedarf. Ansonsten ist der Vorteil gegenüber den privaten Unternehmen, die bei privatem Eigentum $x\%$ Rendite erwirtschaftet werden müssen, also aus dem System herausfließen, aufgebraucht.

Die Kommunalisierung der Daseinsvorsorge ist eine wichtige Voraussetzung, aber nicht die letzte. Mit der Verhinderung der Privatisierung beginnt linke Politik, sie endet dort aber nicht. Es reicht nicht aus, mit dem Finger auf die Privatisierer zu zeigen, wenn die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die kommunalen Betriebe, sich für die soziale Ausgestaltung der Tarife einzusetzen, nicht ausgeschöpft werden.

Dr. Andreas E. 

Was wollt ihr?

Die Mitgliederversammlung im Stadtbezirksverband Leipzig-Nordwest am 15. Mai 2008 befasste sich mit dem Thema: "Die Leipziger Linke nach dem Sonderparteitag vom 27. März 2008 – gibt es eine Krise im Leipziger Stadtverband?" Als Referentin wurde die stellvertretende Vorsitzende, Genossin Carola Lange, eingeladen. Genossin Lange informierte über den Ist-Stand im Stadtvorstand bis zum 15. Mai 2008. Sie schilderte die Entwicklung der

Vorstandsarbeit seit Beginn des Jahres 2008. Sie kam nicht umhin, festzustellen, dass die gewählten Mitglieder des Vorstandes immer wieder bzw. immer noch persönlichen Angriffen ausgesetzt sind.

Diese Angriffe schmälern den persönlichen Zeitfonds der Genossinnen und Genossen für eine politische Sacharbeit. Erklärtes Ziel der Organisatoren der stattgefundenen Stadtforen war und ist es, eine Neuwahl des Stadtvorstandes

der Partei DIE LINKE. in Leipzig zu erzwingen.

Nach den Schilderungen der Genossin Lange und den Beiträgen von Teilnehmern an den zwei Sitzungen der initiierten Stadtforen, kam es zu lebhaften Diskussionen durch die anwesenden Mitglieder.

Fazit dieser Diskussionsbeiträge:

- Welche Art von Demokratie wollen diese "Kritiker", wenn sie nicht willens sind Mehrheitsbeschlüsse des Stadtparteitages anzuerkennen?

- Wie will man einen erfolgreichen Wahlkampf 2009 führen, wenn entschlossenes Auftreten und Einsetzen für die Wahlkampfziele einer alternativen Gestaltungspartei durch den Drang Einzelner - sich mit sich selbst zu befassen - erheblich belastet werden.

- Wem nützen diese Grabenkämpfe zur Erlangung von Machtpositionen im Stadtverband? Diese Kämpfe sind zu beenden.

- Erfolgreiche politische Arbeit kann man nur leisten, wenn man die Mitglieder einer Partei hinter sich hat.

Eine Partei ist nur dann erfolgreich, wenn sie für die Bürger in Gänze etwas bewegt und erreicht. Nicht realisierbare Forderungen und Versprechen schaden nur und widersprechen dem Ziel, eine Gestaltungspartei zu sein.

Dies muss jedes gewählte Mitglied jeder Ebene anerkennen, auch dann, wenn es, aus welchen Gründen auch immer, zurück getreten ist.

- Die Teilnehmer der Mitgliederversammlung erklären ihre Solidarität mit den gewählten Mitgliedern des Stadtverbandes (Stand: 27. März 2008) und

wünschen ein erfolgreiches Agieren für die bevorstehenden Aufgaben.

- Der Stadtbezirksvorstand DIE LINKE. Nordwest, wird beauftragt, die verschiedenen Zusammenschlüsse nach und nach zu Mitgliederversammlungen einzuladen - mit dem Ziel, zu klären: Was wollt Ihr? Und welchen Beitrag kann der Stadtbezirksverband Leipzig-Nordwest für ein erfolgreiches Abschneiden bei den bevorstehenden Wahlen 2009 leisten?

**Siegmond Mai (Vorsitzender
Stadtbezirksverband Nordwest)**

Weder langer Atem noch Brechstange

Eine Replik auf Skadi Jennickes These „Langer Atem statt Brechstange“ (Artikel im MTB 3/2008, DIE LINKE. Leipzig, S.3, Diskussion)

Auf interessante und wissenschaftlich aufgehübschte Weise greift die Autorin die aktuellen Zusammenhänge im Leipziger Stadtverband auf und verdreht sie schließlich doch.

Sie führt aus: „Minderheiten sind keine absoluten Größen, sie können nur in Bezug auf bestimmte Fragen entstehen.“ Jedenfalls ist diese Aussage ohne jeden Kontext richtig. Sie koppelt die Minderheit an die Sachfrage und setzt sie in den Rahmen einer Verabsolutierung, den die Minderheit auch nicht in einer bestimmten Sachfrage beansprucht. Mit etwas Unschärfe könnte es fast wahr sein, wenn man weder den eigentlichen Gegenstand (Demokratie ist der unsteete Wechsel von Minderheiten und Mehrheiten) noch die daraus erwachsende Konsequenz berücksichtigt. Die besteht darin, dass das ursprüngliche demokratische „Instrument der Mehrheit“ selbst keine tiefe inhaltliche Frage darstellt. Vielmehr ist die Fähigkeit zur Toleranz die Voraussetzung dafür, minderheitlich vertretene Sachfragen zu mehrheitsfähigen Perspektiven umzugestalten. In diesem Sinne zählt in der Formfrage nur ein Argument: „Minderheiten respektieren und deren Positionen gleichberechtigt einbinden“. Schließlich geht es um Erkenntnisse.

Wie konstituiert sich nun die angenommene Mehrheit im Leipziger Stadtverband? Sie setzt sich im Wesentlichen aus einer Gruppe von Funktionären und einer großen Gruppe von Mitgliedern zusammen. Im Prozess der Konstituierung

nutzt die Funktionärsgruppe ihre privilegierten Zugriffsmöglichkeiten auf die Informationswege im Stadtverband (Internet, Mitteilungsblatt, Email-Verteiler, Anleitung der Ortsvorsitzenden). Die so durch Fehlinformation, bewusste Missdeutungen und Diffamierungen vorgeprägte große Mitgliedergruppe (in den Basisorganisationen und auch die Delegierten des Stadtparteitages) ist somit nur im Stande, die intendierte Grundauffassung der Funktionärsgruppe zu bestätigen. Dass die Kritiker nur wenige Mandate oder Ämter innehaben, wird ihnen obendrein als Kompetenzminderung angerechnet.

Selbst Minderheit zu sein und zugleich von Amtsmacht Abstand zu nehmen, liegt im Wesen des Kritikers. Eine Mehrheit oder Personen in Ämtern, Mandaten und Funktionen tun sich mit Kritik mehr als schwer. Der Autorin ist in diesem Zusammenhang zuzustimmen, wenn sie Amts- und Mandaterlangungsabsicht als Motiv der Beteiligung einzelner unterstellt. Dabei ist das Beharrungsvermögen und strukturelle Verdrängungsgebaren von Amts- und Mandatsträgern eine spezifische Seite dieser Motivation.

Für die Leipziger Situation möge man sich folgerichtig vorstellen, dass ein Fraktionsmitglied bzw. ein Amtsträger kraft seines Amtes sich selbst Kompetenz zuweist, dies von der Menge seiner so informierten Anhänger bestätigt und anschließend die mögliche Alternative auf dieser Grundlage angezweifelt wird. Hierin besteht die Crux. Diese beleuchtet die Autorin leider nicht und löst sie in der Folge auch nicht auf

Zwei wichtige Aspekte werden also ein-

fach außen vor gelassen. Die grundsätzliche kritische Betrachtung von Demokratiedefiziten als Anlass für die Kritik selbst und die gegenwärtige und lokale Perspektive, die der kritischen Betrachtung zu unterliegen hat. Auf den Punkt gebracht, weist das Paradoxon des Kreters Epimenides deutlich darauf. Er behauptete: „Alle Kreter lügen“. In nur umgekehrter Weise beansprucht die Autorin als Vorstandsvertreterin (Die Antinomie des Barbiers) für sich die Wahrheit - und zwar die einzige Wahrheit, solange sie von einer Mehrheit vertreten wird, die sich allein durch sie selbst legitimiert - sowohl in Sach- als auch grundlegend in allen formellen Fragen. An anderer Stelle beansprucht die Autorin Zeit für Veränderungsprozesse („Annäherungsprozesse politischer Kulturen brauchen Zeit“, ebd.). Dem kann man durchaus zustimmen. Doch wesentlich für Veränderungs- und Annäherungsprozesse ist der politische Wille dazu. Das setzt Achtung von Minderheiten voraus. Insbesondere erwächst dieses Erfordernis im Kontext der Parteineubildung. Denn sie braucht nicht nur den formal erklärten Willen zur Zusammenführung. Sie braucht den tatsächlichen Willen. „Das Prinzip der Politik ist der Wille. Je einseitiger, das heißt also je vollendeter der politische Verstand ist, um so mehr glaubt er an die Allmacht des Willens, um so blinder ist er gegen die natürlichen und geistigen Schranken des Willens, um so unfähiger ist er also, die Quelle sozialer Probleme zu entdecken.“ (MEW I, 402) Wir brauchen also keinen einseitigen politischen Verstand. Es ist an der Zeit, dies zu erkennen und umzusetzen.

Maximilian Meurer

Meinung zum Beitrag von Juliane Nagel im Mitteilungsblatt vom 20. Mai 2008

Beim Lesen des Beitrags kann der unbedarfte Leser zu dem Eindruck gelangen, Juliane Nagel möchte so leben, wie es bereits in der Bibel zu lesen ist. Darin berichtet der Evangelist Lukas, dass Jesus seine Jünger, die sich ob ihrer Armut und des Mangels an Essen beklagten, tröstete mit dem Hinweis auf die Vögel, denn diese säen nicht, ernten nicht, haben weder Vorratskammern noch Scheunen – aber Gott ernährt sie doch. Und weiter soll er ihre Betrachtung auf die Lilien gelenkt haben, die nicht arbeiten und spinnen, und trotzdem nicht einmal Salomon in seiner Pracht besser gekleidet war als sie.

Nun sind wir weder Spatzen noch Lilien,

sondern Wesen, die in ihrer Nacktheit verhungern würden, wenn sie darauf warten, dass ein überirdisches Wesen sie ernährt, kleidet und ihnen Wohnung gibt. Arbeit ist es, die den Mensch aus dem Tierreich treten ließ, mit der er den Unbilden der Natur trotzt, sich aber auch ihre Reichtümer erschließt. Für die Gesellschaft nützliche Arbeit ist die unverzichtbare Grundlage unserer Existenz, wobei man natürlich trefflich streiten kann, ob sie wie unter den heutigen kapitalistischen Bedingungen, als Mittel der Ausbeutung zum Ziel der Bereicherung der Besitzenden von Produktionsmitteln dient oder ob Arbeit ausbeutungsfrei erfolgen kann. Von letzterem sind wir wohl noch weit entfernt,

so dass gegenwärtig der Kampf darum zu führen ist, dass alle arbeitsfähigen und -willigen die Möglichkeit erhalten, unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und so ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Deshalb betrachte ich es als zeitgemäß, die Gewerkschaften in diesem Sinne zu unterstützen. Wenn aber nach Juliane Nagel der Lebensanspruch junger Menschen darin bestehen soll, sich in den Liegestuhl zu legen und, „weil er ein Mensch ist“, auf die ihm zustehenden „essentiellen Leistungen“ zu warten, dann soll sie uns doch bitte sagen, woher diese Leistungen kommen sollen, wenn alle im Liegestuhl dösen. Ich halte es daher nach wie vor mit den Aussagen von Karl Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“, das zu lesen ich von dieser Stelle wärmstens empfehle.

Horst Pawlitzky

LINKE macht sich für Fluglärmopfer und gegen militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle stark

Die Belastung durch den vom Flughafen Leipzig/Halle verursachten Boden- und Fluglärm überschreitet inzwischen jedes akzeptable Maß. Deshalb haben sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Stadt Leipzig sowie umliegender Städte und Gemeinden an den Leipziger Oberbürgermeister mit der Aufforderung gewandt, gegen die Lärmbelastung politisch aktiv zu werden.

Dieses Anliegen ist völlig gerechtfertigt. Durch den Ausbau und die Verlängerung der südlichen Start- und Landebahn ist der Flughafen direkt an die Leipziger Stadtgrenze herangerückt. Damit wurden neue Fakten geschaffen. Es ergeben sich neue Verantwortlichkeiten der verschiedenen Verwaltungsebenen, die für Genehmigung und Betrieb des Flughafens Leipzig/Halle zuständig sind.

Auf die Profilierung zum überwiegenden Frachtflughafen folgte – zunächst klammheimlich – die teilweise militärische Nutzung. Zunächst geschah das durch Zwischenlandungen von Großraumflugzeugen mit amerikanischen Militär-

gehörigen, die den völkerrechtswidrigen Irak-Krieg unterstützen. Dazu kam die Stationierung von vorgeblich zivilen russischen und ukrainischen Großraumtransportern, die allerdings ausschließlich im NATO-Auftrag unterwegs sind.

Nachdem sich die Sächsische Staatsregierung lange um eine klare Antwort herumgedrückt hatte, war sie jüngst gezwungen, die „militärische Nutzung“ des Flughafens Leipzig/Halle regierungs-offiziell zuzugeben.

Anscheinend haben inzwischen wirtschaftliche Interessen privater Unternehmen sowie militärische Aktivitäten der USA bzw. der NATO wesentlich größeren Einfluss auf die Geschäftspolitik der Flughafen Leipzig/Halle GmbH und auf das Verkehrsgeschehen am Flughafen erlangt als zivile Linien- bzw. Charterflüge. Verstärkt wird der Eindruck vom Vormarsch des Militärischen im überarbeiteten Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums Leipzig: Für Passagierflugzeuge gelten Nachtflugbeschränkungen, für Militär-

und Zivilfrachter nicht.

Verständlicherweise rufen Bürgerinnen und Bürger in dieser Situation die Hilfe der Stadt Leipzig und ihrer Verwaltungsspitze an. Auch aus unserer Sicht muss der Leipziger Oberbürgermeister alles tun, damit die Beschwerden angemessen Gehör finden.

Von der Bundes- und Landesregierung fordern wir, das im Artikel 2 des Grundgesetzes garantierte „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ uneingeschränkt zu verwirklichen.

Dazu sollten folgende Maßnahmen verwirklicht werden:

- Durchsetzung des geltenden Rechts aus der Planfeststellung
- Verbindliche organisatorische Maßnahmen auf dem Flughafen
- Maßnahmen zur Durchsetzung der Bürgerdemokratie

*Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende*

Die ausführliche Darstellung unserer Forderungen ist auf der Internetseite der Linksfraktion unter <http://www.dielinke-fraktion-leipzig.de> einzusehen.

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG ASG Leipzig

jeden 2. und 4. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Mi., 18. Juni 2008 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Buchvorstellung und Diskussion: „Rosa Luxemburg und Leipzig“. Diskussionspartner: Autor Prof. Dr. Erhard Hexelschneider, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a.

Do., 19. Juni 2008 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Wassili Grossman und sein regimekritischer Stalingradroman „Leben und Schicksal“ Mit Prof. Dr. Willi Beitz, Leipzig, RLS.

Sa., 21. Juni 2008 - 9:00 Uhr

3. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Tagungshotel Deutsche Telekom, Zschochersche Straße 69.

Sa., 21. Juni 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. In dieser Reihe werden gesellschaftskritische und politische Filme gezeigt. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „OLGA Benario“. LHL.

Di., 24. Juni 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Jürgen Habermas versus Arnold Gehlen. Linke Kritik an einem konservativen Denken. Mit Prof. Dr. Horst Pickert, Leipzig. Moderation Dr. Alfred Mischlenz, RLS.

Mi., 25. Juni 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: »Die Frauen (werden) mehr und mehr in die Bewegung hineingezogen.« Clara Zetkin und ihre Beziehungen zu Leipzig. Zum 75. Todestag von

Clara Zetkin. In Zusammenarbeit mit der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. Mit Kerstin Kolleyer, Dipl.-Museologin, Leipzig, RLS.

Mi., 25. Juni 2008 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Energiemärkte – der geplatze Traum von Liberalisierung plus Privatisierung. Stehen kommunale Stadtwerke vor einer Renaissance? Mit Dr. Cornelia Heintze, Stadtkämmerin a. D., Politologin und Coach, Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 26. Juni 2008 - 19:00 Uhr

Liederabend mit Wolfgang Valentin. Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Fr., 27. Juni 2008 - 18:00 Uhr

„REZITIEREN & KORRIGIEREN“ Kleine Übungsstunde mit professionellem Ratschlag (In dieser Veranstaltung kann mit der Regisseurin und Schauspielerin Luise Wilsdorf gutes Text-Sprechen von Jung und Alt geübt werden...). LHL.

Di., 1. Juli 2008 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum Leipzig: Antifaschismus und Kampf gegen Rechts – zur parlamentarischen Arbeit der Linksfraktion im Bundestag mit Dr. Gerd Wigel. Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Di., 1. Juli 2008 - 19:00 Uhr

„Nazis ohne Neo?“ Die Anwesenheit extre-

mer Rechter in Parlamenten Beginn der Veranstaltung: Vortrag und Diskussion mit dem Redaktionskollektiv „Nazis in Parlamenten“ (NIP) Sachsen Veranstalter: AG Antifaschistische Politik DIE LINKE.Leipzig. linxxnet.

Do., 3. Juli 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Information über die Ergebnisse des 1. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE. mit MdB Dr. Barbara Höll. LHL.

Fr., 4. Juli 2008 - 19:00 Uhr

Gestern morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft Lesung und Diskussion mit Bini Adamczak (Berlin). Veranstalter: Kollektiv 4. Juli, mit Unterstützung vom Roten Baum Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Buchhandlung el libro. linxxnet.

Mo., 7. Juli 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Beratung zu Sozialfragen mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 6.

Di., 8. Juli 2008 - 17:00 Uhr

Bürgerforum mit MdB Dr. Barbara Höll zum Thema: Steuergerechtigkeit - machbar oder Illusion? Heinrich-Budde-Haus, Lützowstr.

Sa., 12. Juli 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Die Glatzkopfbände“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 7/2008 ist Donnerstag, 3. Juli 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.